

Stadtverwaltung Plauen
Herrn Oberbürgermeister

Ralf Oberdorfer

Plauen, 04 .Dezember 2018

Antrag

Fortführung des Grundlagenvertrages der Theater Plauen-Zwickau gGmbH unter Berücksichtigung der Ausgestaltung des "Kulturpaktes" mit dem Freistaat Sachsen, sowie der finanzierungskonformen Änderung des Gesellschaftsvertrages

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen der CDU und Die Linke. im Stadtrat der Stadt Plauen stellen hiermit folgenden Antrag:

Der angebotene „Kulturpakt“ des Freistaates Sachsen wird mit geändertem Gestaltungsspielraum zum Flächentarifvertrag umgesetzt. Das finanzielle Angebot des „Kulturpaktes“ wird somit nur teilweise in Anspruch genommen.

Die Stadt Plauen führt dazu unverzüglich Verhandlungen mit der Stadt Zwickau sowie den beteiligten Gewerkschaften. Ziel ist es, die Lücke zwischen dem bestehenden Haustarifvertrag und dem Flächentarifvertrag mit einem neuen, für die Beschäftigten verbesserten Haustarifvertrag mit Augenmaß zu schließen. Damit sollen zudem die bestehenden Konditionen des aktuellen Grundlagenvertrages mit der Stadt Zwickau unverändert (Finanzierungsanteil 60:40, Stimmrecht in allen Gremien paritätisch) fortgeführt werden.

Begründung:

Als Standortfaktor der Kultur ist das Theater für die Stadt Plauen und das Vogtland unabdingbar. In einer fusionierten Theatergesellschaft haben beide Gesellschafterkommunen die Pflicht und die Aufgabe Bewährtes zu erhalten – dazu gehört unabdingbar die gleiche Augenhöhe beider Partner.

Die vorliegende Beschlussvorlage der Verwaltung, die grundlegende Änderungen des Gesellschaftervertrages und des Grundlagenvertrages mit sich bringen würde, können die Fraktionen keinesfalls mittragen. Die enthaltenen Details zum Stimmrecht und der Aufgabenverteilung wären zukünftig für die Stadt Plauen zum Nachteil. Das demokratische Stimmverhalten der Plauener Aufsichtsräte wäre ebenso völlig unwirksam wie das Stimmverhalten Plauens in der Gesellschafterversammlung. Daher sind durch den Oberbürgermeister Plauens zwingend Varianten zu prüfen, die Plauen beim Stimmrecht nicht benachteiligt.

Der von der Fraktion Die Linke. eingebrachter und mit deutlicher Mehrheit beschlossener Antrag (Antrag Nr. 11-14) zur Perspektivstrategie wurde von der Stadtverwaltung bisher nicht umgesetzt. Daher fordern wir nun ein umgehendes Handeln der Stadtverwaltung.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Schmidt
Fraktionsvorsitzender
CDU-Fraktion

Claudia Hänsel
Fraktionsvorsitzende
Fraktion Die Linke.